

Beschlussauszug

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 02.06.2026

Anlass: Sitzung
Zeit: 15:00 - 17:38
Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Ö 4.1.2 **Dem demographischen Wandel entgegentreten - Plätze in der Altenpflege stabilisieren und ausbauen - Anstrengungen zur Anwerbung von Pflegekräften intensivieren** **26-28680-02**
Antrag zur Vorlage 26-28680

Beschlussart: ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig setzt sich angesichts des demographischen Wandels dafür ein, die pflegerische Versorgung älterer Menschen in Braunschweig langfristig zu sichern und Pflegeplätze in den verschiedenen Bereichen der Altenpflege nach Möglichkeit zu stabilisieren und bedarfsgerecht auszubauen. Angesichts der Herausforderungen insbesondere im Bereich der stationären Pflege soll dabei der Weiterentwicklung von Kurzzeitpflege, Tagespflege sowie weiteren unterstützenden Angeboten für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Verwaltung wird gebeten, die vorhandenen kommunalen Möglichkeiten zu nutzen und geeignete Modellprojekte sowie innovative Ansätze von Trägern und Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu unterstützen.
2. Um die pflegerische Versorgung langfristig sicherzustellen, werden zusätzliche Pflegefach- und Pflegeassistentenkräfte benötigt. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, gemeinsam mit den relevanten Akteuren bestehende Aktivitäten zur Gewinnung nationaler und internationaler Pflegekräfte zu bündeln, zu vernetzen und auf zusätzliche Handlungsmöglichkeiten zu prüfen. Ziel ist es, Braunschweig als attraktiven, innovativen und sozial verantwortlichen Standort für Ausbildung, Beschäftigung und Zuwanderung im Pflegebereich weiter zu stärken. Bestehende Aktivitäten, insbesondere des Welcome Centers, der Braunschweig Zukunft GmbH, des Fachkräftebündnisses SüdOstNiedersachsen, der Pflegeschulen sowie der Pflegeeinrichtungen und Träger, sollen hierbei einbezogen werden. Dabei sollen insbesondere zusätzliche Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung geprüft werden, beispielsweise in den Bereichen Wohnen, Integration, Sprachförderung, soziale Begleitung und Familienfreundlichkeit.
3. Die Verwaltung wird gebeten, alle kommunalen Möglichkeiten zu nutzen, um Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung die Aufnahme einer Ausbildung in Pflege- und Pflegeassistentenberufen zu erleichtern und sie während Ausbildung und Berufseinstieg zu unterstützen. Dabei sollen vorhandene gesetzliche Spielräume genutzt werden, um erfolgreiche

Ausbildungs- und Integrationsverläufe zu fördern, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und Übergänge in Beschäftigung zu erleichtern. Bestehende Aktivitäten, insbesondere die Arbeit des Runden Tisches Arbeitsmarktintegration sowie bestehende Kooperationen mit Trägern und Beratungsstellen, sollen hierbei berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: